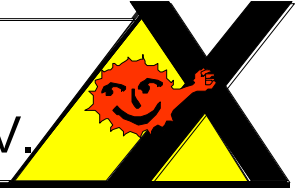




## Bürgerinitiative

„Kein Atommüll in Ahaus“ e. V.



**Bahnhofstr. 27 48683 Ahaus – Postfach 1165 48661 Ahaus**  
**Vorwahl: 02561 Tel.: 961791 FAX: 961792 INFOLINE: 961799**  
Homepage: [www.bi-ahaus.de](http://www.bi-ahaus.de) [www.facebook.com/biahaus](http://www.facebook.com/biahaus) E-mail: [mail@bi-ahaus.de](mailto:mail@bi-ahaus.de)  
Bankverbindung: IBAN: DE35 4015 4530 0059 5640 21 BIC:  
WELADE3WXXX

Ahaus, den 18.03.18

### Pressemitteilung:

Rund 120 Menschen nahmen am Sonntagnachmittag an einer Kundgebung teil, zu der die Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ aufgerufen hatte. Anlass war der 20. Jahrestag des ersten Castor-Transportes von Atommüll aus kommerziellen Atomkraftwerken (AKW) nach Ahaus. Augenzeugen erinnerten an ihre damaligen Erlebnisse, bei denen vor allem ein teilweise überharter Polizeieinsatz die Erinnerung prägte. 10 000 Demonstranten standen damals 23 000 Polizisten gegenüber. Teilnehmer an zwei mehrstündigen Schienenblockaden wurden teilweise stundenlang in Polizeigewahrsam genommen – ein Vorgehen, das später von Gerichten für rechtswidrig erklärt wurde. Ein Sprecher der Bürgerinitiative wies auf die Erfolge der damaligen Demonstrationen hin: dass der Castor-Transport von 1998 der einzige aus kommerziellen AKW blieb, weil als Folge des Widerstands in Ahaus und Gorleben danach an den AKW selbst Standortzwischenlager errichtet wurden, um die unsinnigen Transporte zu vermeiden. Eine weitere Folge der Aktionen war, dass der damals noch geplante Bau einer zweiten Lagerhalle in Ahaus unterblieb.

Trotz dieser Erfolge sei gerade jetzt weiter Wachsamkeit nötig, so der Sprecher der BI: Gerade erst an diesem Wochenende gingen Meldungen durch die Presse, dass Bund und Land NRW sich geeinigt hätten, dass der Atommüll aus dem stillgelegten Versuchsreaktor (AVR) in Jülich nun definitiv in Ahaus gelagert werden solle. Während verschiedene Medien diese Meldung bereits wieder dementierten, wurde sie von einer Twitter-Nachricht der Bundesumweltministerin Svenja Schulze am Samstag indirekt bestätigt<sup>1</sup>. Die Bürgerinitiative kritisiert diese Absichten energisch. Sie fordert gemeinsam mit allen Umweltverbänden und Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen, dass in Jülich selbst ein erdbebensicheres Zwischenlager errichtet werden soll. Dies sei schon allein deshalb geboten, weil die Brennelemente aus Jülich nicht endlagerfähig sind, sondern vorher konditioniert werden müssen. Dies aber könne in Ahaus nicht geschehen und sei Aufgabe der Wissenschaftler in Jülich, die schließlich diesen Müll produziert haben und sich ihrer Verantwortung nicht entziehen dürften. „Das ist jedenfalls unsere Vorstellung von verantwortlicher Wissenschaft“, so die BI. Die Ahauser Bürgerinitiative will in den nächsten Wochen ihre Zusammenarbeit mit den BIs aus dem Jülicher Raum intensivieren.

i.A.:

Hartmut Liebermann  
Tel.0163-6008383

---

<sup>1</sup> „Für Jülich ist von der Atomaufsicht NRW bereits seit Juli 2014 die unverzügliche Räumung angeordnet worden. Die Atomaufsicht des Landes muss nun sicherstellen, dass die JEN als Betreiberin dieser Anordnung auch unverzüglich nachkommt.“